

PRESSEMITTEILUNG

BUND Landesverband Niedersachsen e. V.
Hannover, 15. Juni 2010



Thema: Gentechnisch veränderter Mais auf niedersächsischen Feldern

Region: Niedersachsen

Hintergrund: Heutige Anordnung des Niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums zur Vernichtung des gentechnisch veränderten Mais-Saatguts

BUND begrüßt sofortige Vernichtung von Genmais

Der BUND Landesverband Niedersachsen e.V. begrüßt die Anordnung des Niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums, das gentechnisch veränderte Mais-Saatgut sofort zu vernichten. Damit folgt das Ministerium dem Gentechnikgesetz und der Forderung des Umweltverbands. Dieser fordert schon seit langem und weiterhin ein Verbot von Agro-Gentechnik. Die meisten Landwirte wollen keine gentechnisch veränderten Produkte anbauen, und drei Viertel der deutschen Verbraucher wollen solche Produkte nicht konsumieren.

Das verunreinigte Saatgut, das auf niedersächsischen Feldern verwendet wurde, zeigt, dass die Landesregierung nicht in der Lage zu sein scheint, ihrer Kontrollpflicht bei gentechnisch verändertem Saatgut nachzukommen. So kann sie die Landwirte und letztlich die Verbraucher nicht vorsorgend vor solchen Verunreinigungen schützen. Die Erklärung von Landwirtschaftsministerin Astrid Grotelüschen (CDU), dass einige Mitarbeiter im Ministerium krank gewesen seien, entschuldigt keineswegs diesen Mangel an Kontrolle, unter dem in der Folge vor allem die 26 betroffenen Landwirte zu leiden haben. Und auch das Vertrauen der Verbraucher darin, dass kein gentechnisch verändertes Saatgut auf niedersächsischen Feldern ausgebracht wird, ist erschüttert.

„Landwirte und Konsumenten müssen sich auf die Kontrollen des Ministeriums verlassen können. Das Ministerium muss daher mit verstärkten und frühzeitigen Kontrollen dafür sorgen, dass ein solcher Vorfall sich nicht wiederholen kann“, sagt Tilman Uhlenhaut, Landwirtschaftsreferent des BUND Niedersachsen.

Für den Anbau von solchem Saatgut muss es auch künftig die „Null-Toleranz-Schwelle“ geben, die bisher besteht. Das heißt: Der Vorschlag der EU-Kommission, das Zulassungsverfahren für Gentech-Pflanzen zu erleichtern, muss abgelehnt werden. Denn wenn – wie es der Kommissions-Vorschlag vorsieht – die einzelnen EU-Länder künftig selbst über die Zulassung entscheiden, könnten sich in Zukunft immer mehr gentechnisch veränderte Pflanzen ungewollt ausbreiten. Der BUND bittet daher Ministerin Grotelüschen, ihr gewichtiges Wort gegen den Kommissions-Vorschlag in Brüssel einzubringen, um Landwirte und Konsumenten zu schützen.

Pressekontakt

Carla Juhre
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
BUND Landesverband Niedersachsen e.V.
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Tel: (0511) 965 69-39 oder -0
E-Mail: carla.juhre@nds.bund.net
Internet: www.bund-niedersachsen.de

Rückfragen

Stefan Ott
stellv. Geschäftsführer
BUND Landesverband Niedersachsen e.V.
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Tel: (0511) 965 69-13
Mobil: (0175) 565 08 52
E-Mail: stefan.ott@bund.net
Internet: www.bund-niedersachsen.de

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) ist bundesweit mit rund 470.000 Mitgliedern, Spendern und Förderern einer der großen Umweltverbände Deutschlands. In Niedersachsen zählt der Verein rund 33.000 Mitglieder und Förderer. Der Verein ist vom Staat als Umwelt-/Naturschutzverband anerkannt. Der BUND versteht sich als die treibende gesellschaftliche Kraft für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Die Vision: ein zukunftsfähiges Land in einer zukunftsfähigen und friedfertigen Welt.